

WOCHENRÜCKBLICK



Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verprasst viele Millionen Euro für Ruhegeld



Die ehemalige RBB-Direktorin Susann Lange bekommt vorerst keine Ruhegelder. Der Sender sollte ihr laut Vertrag in den nächsten Jahren insgesamt 1,8 Millionen Euro zahlen. Das Berliner Arbeitsgericht erklärte den lukrativen Vertrag für „sittenwidrig“ – weil ein grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bestehe.

Für Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, handelt es sich in diesem Fall um ein weiteres von vielen Argumenten, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen:

„Die öffentlich-rechtlichen Sender beschäftigen sich nicht mit ihrem Auftrag, sondern dienen mittlerweile nur noch der mehr als üppigen Versorgung der Ihren. Es entbehrt jeder Grundlage, Millionen Euro an Ruhegeldern aus Mitteln zu zahlen, die der Sender keineswegs selbst erwirtschaftet, sondern zwangsweise von uns allen eingezogen hat. Dass das Gericht hier mit der Sittenwidrigkeit argumentiert, zeigt, dass unsere Einschätzung, dass diese Zahlungen weit ab von gut und böse sind, genau richtig ist. Offensichtlich haben hier auch sämtliche Kontrollgremien versagt. Das zeugt, wie schamlos in die Taschen der Bürger gegriffen wird um in Saus und Braus zu schwelgen. Nur mit der AfD wird das endlich und sofort ein Ende haben!“

Pressemitteilungen

Ampelentwurf des Stiftungsgesetzes ist Frontalangriff auf die Demokratie

Den Entwurf eines Stiftungsgesetzes, der zwischen der Ampelregierung, CDU und den Linken ausgekugelt worden sein soll, bewertet Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, als einen Frontalangriff auf die Demokratie.

„Die Kriterien, die eine Stiftungsförderung ermöglichen sollen, wurden haarklein darauf angepasst, dass sie auf alle parteinahen Stiftungen außer jene der AfD zutreffen. Sie sind politisch und vor allem verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Es steht außer Zweifel, dass die Altparteien die rund 700 Millionen Euro Stiftungsgelder unter sich aufteilen wollen und alles dafür tun werden, die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung von der Finanzierung auszuschließen. Dieses Gebaren gefährdet den politischen Wettbewerb und ist eine Schande für die Demokratie. Dass künftig der Verfassungsschutz, der nichts weiter als ein politisch agierender Regierungsschutz ist, über die Verteilung von Stiftungsgeldern entscheiden soll und die SPD vorschlägt, das Bundesinnenministerium mit der Aufgabe zu betrauen, die Fördervoraussetzungen zu überprüfen, macht deutlich, dass dieser Gesetzentwurf nur der Sicherung der eigenen Pfründe der daran beteiligten Parteien dienen soll. Unsere Desiderius-Erasmus-Stiftung tritt wie keine andere der politischen Stiftungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Als AfD haben wir bereits ein verfassungskonformes Stiftungsgesetz vorgelegt. Die Feinde des politischen Wettbewerbs sitzen links von uns.“

Wahlrecht nicht der Beliebigkeit preisgeben

Die hessische SPD, deren Spitzenkandidatin zur Landtagswahl die Bundesinnenministerin Faeser ist, will das Wahlrecht auf Kommunalebene auf alle Menschen ausdehnen, die länger als sechs Monate in Deutschland wohnen. Darunter fallen etwa Flüchtlinge.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, macht deutlich, dass dieser Vorschlag das Wahlrecht sinnentleeren und die Bürgerrechte abwerten würde:

„Es überrascht wenig, dass ausgerechnet die SPD die Wahlen für Flüchtlinge öffnen will – schließlich kommen kaum noch Bürger auf die Idee, das Kreuz am Wahltag bei dieser Partei zu machen. Dieser verzweifelte Versuch, Wahlstimmen aus dem Ausland zu rekrutieren, würde aber sogar bei Umsetzung nach hinten losgehen. Letztendlich lässt der Vorschlag nur erkennen, welcher Plan hinter der massenhaften Aufnahme von Ausländern steckt: die SPD will sich ihr Wahlvolk einkaufen, auf Kosten unseres Sozialstaats päppeln und für den eigenen Machterhalt platzieren. Das werden wir zu verhindern wissen.“



Aktuelle Videos

Schluss mit der perversen links-woken
Politik

Wahlkampf in Fulda (Hessen)



Ganz Hessen liebt die AfD!
Wahlkampf in Kassel, Bad Wildungen
und Nieder-Florstadt



Frau Faeser: Wann treten Sie zurück?
Regierungsbefragung im Deutschen
Bundestag

Nancy muss weg
5 Fragen - 5 Antworten
Folge 236



Kommende Termine



KERNENERGIE DER WEG IN DIE ZUKUNFT

Expertengespräch
mit Stephan Brandner MdB, Karsten Hilde MdB,
Dr. Rainer Kraft MdB und dem Gastredner Dr. Götz Ruprecht
Parlamentsgruppe Moderne Kernenergie

25. SEPTEMBER | 19.00 UHR
JAKOB-KAISER-HAUS, RAUM 6556
DOROTHEENSTRASSE 100/101
10117 BERLIN



Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Brandnerpokal

Freitag, 29. September 2023
18:00 Uhr

Altenburg



Anmeldung und alle Informationen unter
brandner-im-bundestag.de



Wahlkampf in Waldkraiburg

Oktober
3

15:00 Uhr
Volksfestplatz



Martin Wieser, Bezirkskandidat,
Listenplatz 1

Oliver Miltusch, Landtagskandidat,
Listenplatz 26

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender



Bereit für mehr!

November
1

19:00 Uhr
Gasthaus Reißberg 04
Theodor-Körner-Straße 11
Greiz



Carolin Bachmann,
direkt gewählte
Bundestagsabgeordnete im WK 161

Stephan Brandner,
direkt gewählter Bundestagsabgeordneter WK 194,
stellv. Bundesvorsitzender



Wahlkampf in Hessen 23.9.



Infostand Kassel



Vortrags-
veranstaltung in
Bad Wildungen



Vortrags-
veranstaltung in
Niederflorstadt



STEPHAN BRANDNER

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Mittwoch, 20. September 2023

Befragung der Bundesregierung

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stellte sich am Mittwoch den Fragen der Abgeordneten. Martin Hess und Stephan Brandner bezogen sich in ihren Fragen auf den Auftritt von Ministerin Faeser im zuvor tagenden Innenausschuss, indem es um die Umstände der Abberufung des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm im Oktober vergangenen Jahres ging. Der CDU-Abgeordnete Josef Osterwollte von Faeser wissen, wann sie sich bei Schönbohm entschuldigen wolle. Die Ministerin erwiderte, sie habe im Ausschuss alle Fragen umfassend beantwortet und Vorwürfe ausgeräumt. Hess und Brandner fragten die Ministerin konkret nach dem Zeitpunkt ihres Rücktritts. Faeser entgegnete, die AfD schüre Ängste in der Bevölkerung und habe einfache Antworten auf Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gebe.

Dr. Gottfried Curio (AfD) fragte die Ministerin nach einem Wahlrecht für Migranten nach sechsmonatigem Aufenthalt, was er für verfassungswidrig halte. Faeser machte klar, dass sie kein Wahlrecht für Asylbewerber wolle. Die Bundesregierung habe das Staatsbürgerschafts-recht anderen europäischen Staaten nachempfunden.

Keine Mehrheit für AfD-Forderung nach Rücktritt von Ministerin Faeser

Der Bundestag hat die Forderung der AfD-Fraktion nach einem Rücktritt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wegen ihres Vorgehens bei der Versetzung des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, abgelehnt. In ihrem Antrag schrieb die AfD-Fraktion, dass sich die Abberufung des Ex-BSI-Präsidenten „angesichts der offiziellen Ermittlungsergebnisse, die nichts Belastendes gegen Arne Schönbohm zutage förderten, als ungerechtfertigt erwiesen“ habe. Er sei durch das Handeln der Ministerin in seinem Ruf geschädigt und in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt worden. Mit ihrer Amtsführung schade die Ministerin dem Ansehen ihres Ministeriums und erschüttere „das Vertrauen in ein rechtsstaatliches Agieren der Staatsorgane unter ihrer Leitung“.

In der Aussprache nannte Dr. Gottfried Curio (AfD) das Vorgehen Faesers im Fall Schönbohm einen „ungeheuerlichen Skandal“. Sie wolle, dass der Staat digitale Sicherheitslücken selbst ausnutzen kann, bevor man sie unbrauchbar macht. Schönbohm sei dagegen für eine direkte Beseitigung bekannter Softwarefehler eingetreten. Auch habe Faeser „Staatstrojaner“ in Stellung bringen wollen, während Schönbohm dagegen gewesen sei. „Schönbohm musste gehen, weil Faeser unsere Chats lesen will“, sagte Curio.



STEPHAN
BRANDNER

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Donnerstag, 21. September 2023

Aktuelle Stunde – AfD fordert sofortigen Stopp aller Aufnahmeprogramme

Im Bundestag ist es am Donnerstag zu einer heftigen Kontroverse über die deutsche Migrationspolitik gekommen. Auf Verlangen der Fraktion der AfD fand im Plenum eine Aussprache zu einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Massenmigration stoppen – Grenzen sofort schützen“ statt. Während Redner der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion scharfe Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung äußerten, verteidigten Vertreter der Ampel-Fraktionen entschieden den Kurs der Koalition.

Gottfried Curio (AfD) hielt zu Beginn einer von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor, sie wolle „schon wieder Solidarität zeigen und die Migranten aus Lampedusa aufnehmen“. Deutschland Sorge dafür, „dass der Strom nicht versiegen wird“, fügte Curio hinzu. Gebraucht würden aber keine solidarischen Aufnahmen oder europäischen Verteilungen, sondern Entschiedenheit. Notwendig sei ein sofortiger Stopp aller Aufnahmeprogramme. Auch dürfe es keinen Familiennachzug für illegale Zuwanderer geben. Zudem müsse Deutschland zumindest auf Zeit selbst die notwendigen Schutz- und Kontrollmaßnahmen an seiner Grenze wieder aufnehmen.

Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in der Gastronomie dauerhaft senken

Mit einer dauerhaften Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in Gaststätten und Beherbergungsbetrieben sowie in Kneipen, Bars, Clubs und Discotheken auf sieben Prozent will die AfD-Fraktion die Überlebensfähigkeit des Gastgewerbes stärken. Ein entsprechender Antrag mit dem Titel „Preisexplosion im Gastronomiegewerbe verhindern – Arbeitsplätze sichern – Bürokratie abbauen“ wurde am Donnerstag nach der Aussprache an den Tourismusausschuss zur federführenden Weiterberatung überwiesen.

In ihrem Antrag fordert die AfD darüber hinaus, das Gastgewerbe durch weniger Bürokratie zu entlasten und auf die Einführung einer umfassenden Herkunftskennzeichnung für Fleisch auf Speisekarten in Restaurants und Kantinen zu verzichten. Gefordert wird außerdem, den Tourismus nach Deutschland zu schützen. So sollen laut dem Antrag Reiseveranstalter und Agenturen mit Unternehmenssitz außerhalb der EU nicht durch eine Drittland-Besteuerung dazu veranlasst werden, Deutschland aus dem Programm ihrer Reiseangebote zu nehmen.□



STEPHAN
BRANDNER

7

Die Plenarwoche um Deutschen Bundestag

Freitag, 22. September 2023

Antrag zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr beraten

Nach dem Willen der AfD soll der Bericht über die „Einsatzbereitschaft der Streitkräfte“ deutlich erweitert werden. In ihrem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Kategorien „Munitionsverfügbarkeit- und Reserven“, „personelle Einsatzbereitschaft“, „Grad der Vollausrüstung“, „Aufwuchsfähigkeit“, „Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie“, „Tagesdienststärke“, „Fähigkeitslücken“ sowie „Einsatzbereitschaft aller Hauptwaffensysteme“ für alle Truppenteile der Streitkräfte in den Bericht aufzunehmen. Die territoriale Integrität und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland würden im Spannungsfall nur durch eine einsatzbereite Bundeswehr garantiert, die in der Lage sei, ihren Auftrag zur Landesverteidigung im Verbund mit verbündeten Streitkräften zu erfüllen, heißt es im Antrag. Es sei die Aufgabe der Bundesregierung und des Parlaments, die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies sei aber nur möglich, wenn die Datenlage zur Verfasstheit der Bundeswehr möglichst ausführlich ist und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Beratung über Anträge zu Anpassungen im Sozialgesetzbuch

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Anpassung des Zwölften und des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Gesetze“ beraten, die sich aus Änderungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) durch das Bürgergeldgesetz vom 16. Dezember 2022 ergibt. Die Initiative wurde gemeinsam mit einem Antrag der AfD mit dem Titel „Lebensleistung anerkennen – Vermögensfreibetrag bei Sozialhilfe und Bürgergeld angleichen“ im Parlament debattiert.

Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag, die unterschiedlichen Freibetragsregelungen zum Schonvermögen beim Bürgergeld und bei der Sozialhilfe anzugleichen. Bei Sozialhilfeempfängern, die eine deutsche Staatsbürgerschaft hätten oder seit mindestens zehn Jahren in der Bundesrepublik lebten, solle der Vermögensschonbetrag künftig 15.000 statt wie bisher 10.000 Euro betragen. Bei allen anderen Sozialhilfeempfängern soll der Freibetrag von 10.000 Euro auf 5.000 sinken.



STEPHAN
BRANDNER

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@brandner-im-bundestag.de
Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Sie haben Fragen an mich?

Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de



Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

